

DPG-Rundbrief 19 – Oktober 2026

Interview der Neuen Osnabrücker Zeitung (Auszüge)

Herr Musharbash, wo verläuft für Sie die Grenze zwischen Kritik an der israelischen Regierung und israelbezogenem Antisemitismus?

Legitime Kritik ist Kritik an israelischem Regierungshandeln und am Vorgehen der israelischen Armee in Gaza, im Libanon und der Besatzungsmacht in der Westbank. Meiner Auffassung nach beinhaltet die berechtigte Kritik auch Verletzungen des Völkerrechts, den aggressiven Siedlungsbau und die Duldung, dass jüdische Siedler Palästinenser bedrohen und vertreiben.

Die Grenze besteht da, wo Menschen kritisiert und für das völkerrechtswidrige Handeln ihres Staates verantwortlich gemacht werden. Das betrifft sowohl jüdische als auch palästinensische Menschen. Ich warne deshalb davor, den neuen Begriff des israelbezogenen Antisemitismus nur noch zu benutzen, als seien Israelkritiker antisemitisch.

Kann man den Schutz von Juden in Deutschland losgelöst von Israel betrachten?

Bedauerlicherweise wird die viel beschworene „Staatsräson“ bei vielen Entscheidungsträgern so verstanden, dass es eine Gleichsetzung zwischen dem berechtigten Schutz des Judentums und des Staates Israel mit der nationalistischen israelischen Regierung gebe. Das erschwert die ohnehin explosive Debatte.

Kritiker werfen der pro-palästinensischen Szene vor, das Leid der Palästinenser hervorzuheben, den Terror der Hamas aber zu relativieren oder jüdische Sicherheitsinteressen auszublenden. Wie sehen Sie das?

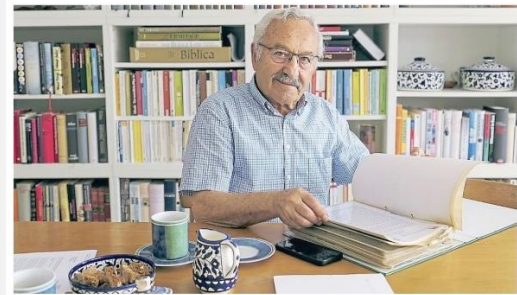
Es gibt keine einheitliche „pro-palästinensische Szene“. Und für uns bedeutet propalästinensisch auch nicht antiisraelisch. Wir setzen uns für Frieden ein. Unsere Position ist klar: Ende der Besatzung, Zwei-Staaten-Lösung, genau wie unsere Bundesregierung es fordert. Das alles, ohne die Existenz Israels in Frage zu stellen – allerdings nur in den Grenzen von vor 1967. Aber genau wie es israelische Bürger und Politiker gibt, die das Existenzrecht der Palästinenser nicht akzeptieren, gibt es solche Menschen auch im anderen Lager.

Wie halten Sie es als SPD-Mitglied mit der potenziellen Koalition der Sozialdemokraten mit der Berliner Linken?

Ich sehe nicht, was dagegensprechen sollte, Gespräche über eine Koalition zu führen. Die Parteiführung der Linken hat glaubhaft gemacht, dass in der Partei kein Platz für Antisemitismus ist. Offenbar wird von interessierter Seite aber auch versucht, die

Judenfeindlichkeit? „Von interessierter Seite wird versucht, die Linke zu diskreditieren“

Von Thomas Ludwig | 04.10.2026 01:00 Uhr | 0 Kommentare



„Für uns bedeutet pro-palästinensisch nicht anti-israelisch“. Nazih Musharbash, Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft. Foto: Christoph Beyer

Linke zu diskreditieren. Der Vorwurf des Antisemitismus droht wieder einmal instrumentalisiert zu werden. Eine solche Instrumentalisierung ist im Kampf gegen Antisemitismus aber ganz gewiss nicht sachdienlich.

Das Interview erschien am 4. Oktober 2026 in der Neuen Osnabrücker Zeitung. Zur Originalmeldung: presseportal.de/pm/58964/6364217

phoenix runde mit Nazih Musharbash

„Drei Jahre 7. Oktober – Was hat sich seitdem verändert?“ – Sendung vom 8. Oktober 2026

DPG-Präsident Nazih Musharbash wurde kurzfristig für die *phoenix runde* am 8. Oktober 2026 angefragt und live per Zoom zugeschaltet. Er machte deutlich, dass auch Palästinenserinnen und Palästinenser leiden und Beachtung und Empathie vermissen. Ihre berechnete Kritik an der Politik Israels sei nicht antisemitisch.

Musharbash kritisierte die Instrumentalisierung der Staatsräson und forderte, den Generalverdacht zu beenden und den Austausch mit Palästinenserinnen und Palästinensern sowie ihren Organisationen zu suchen. Die DPG steht für Gespräche jederzeit bereit.

Die Sendung in voller Länge: youtube.com/watch?v=t5IU0dABb1Y

Drei Jahre Genozid, 78 Jahre Nakba

Beitrag von Iman und Jules El-Khatib auf *etos.media*, 7. Oktober 2026

„Wann sind wir es wert, dass man über uns spricht?“, fragen Iman und DPG-Vizepräsident Jules El-Khatib. Deutschland gedenkt der israelischen Opfer des 7. Oktober, die palästinensischen Ermordeten bleiben entweder außen vor oder werden sogar legitimiert. Der Beitrag beschreibt, was im deutschen Diskurs fehlt: die Nakba 1948, die Besatzung seit 1967, die Blockade Gazas seit 2007. Er zeigt, dass auch seit dem formellen Waffenstillstand vom Oktober 2025 weiter getötet wird, und benennt die deutsche Mitverantwortung durch Rüstungsexporte.

„Wir haben 78 Jahre lang nicht geschwiegen, und wir werden jetzt nicht damit anfangen, nur weil ‚Waffenstillstand‘ herrscht“, so das Fazit.

Zum Beitrag: etosmedia.de

Kinder aus Gaza aufnehmen: Die Städteinitiative geht weiter

2025 haben sich mehrere deutsche Städte bereit erklärt, Kinder aus Gaza aufzunehmen. Die Bundesregierung hat das abgelehnt. Eine bundesweite Initiative baut jetzt Druck von unten auf, über Städte, Länder und Bundestag. Dazu haben wir einen Zeitplan beschlossen:

Oktober bis Dezember 2026: Stadtparlamente, OBs und Deutscher Städtetag

Die Briefe sollen von Initiativen vor Ort kommen. Die bundesweite Initiative hat dazu einen Brief geschrieben, der allen Gruppen vor Ort zur Verfügung steht. Für Städte, die sich 2025 schon zur Aufnahme bereit erklärt haben, gibt es einen zweiten Brief. Beide Briefe wurden letzte Woche bei einem Zoom-Treffen abgesegnet; ihr bekommt sie bei Arne Andersen (Kontakt unten).

Um die „positiven“ OBs zu unterstützen, haben wir den Präsidenten des Deutschen Städtetages, den Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung, angeschrieben und um Unterstützung geworben. Das ist nicht einfach: Der Städtetag beschließt nur mit Zweidrittelmehrheit. Dafür müssen wir vor allem die CDU-OBs gewinnen. Der Brief an den Präsidenten ist abgesandt, Phase 1 läuft.

Januar bis März 2027: Landesparlamente

- Briefe an Abgeordnete der Landesparlamente und an die Landesregierungen
- Absender: nationale NGOs gemeinsam mit regionalen NGOs

April bis Mai 2027: Bundestag

- Briefe an Bundestagsabgeordnete und Petition an den Bundestag
- Abgeordnete über die Landesliste: nationale NGOs gemeinsam mit regionalen NGOs
- Direkt gewählte Abgeordnete: nationale NGOs und regionale Gruppen aus dem Ort

Wichtig: Die Initiative bezieht sich bewusst nur auf das humanitäre Anliegen, obwohl viele von uns auch einen Stopp der Waffenlieferungen an Israel und die Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel fordern. Verbinden wir das, bekommen wir keine Mehrheiten. Betont deshalb in Gesprächen, besonders mit CDU-Leuten, immer wieder den humanitären und auch den christlichen Aspekt.

Weitere Städte sind willkommen, gern auch Bremen, Osnabrück oder Städte im Ruhrgebiet. Bevor ihr loslegt, meldet euch bei Arne Andersen. So klären wir, ob in eurer Stadt schon jemand aktiv ist, wie etwa in Berlin, München oder Frankfurt.

Was ihr jetzt tun könnt:

1. Die Mailadressen sämtlicher Stadtratsmitglieder herausfinden. Die AfD schreiben wir nicht an! Prüft vor Ort, ob weitere Rechtsradikale im Stadtrat sitzen.
2. Festlegen, wer von euch den Brief unterschreibt.
3. Den Brief an OB und Stadtratsmitglieder versenden.
4. Initiativen mit mehreren Personen: Nach etwa sieben Tagen die Stadtratsmitglieder anrufen, fragen, ob der Brief angekommen ist und was ihr noch tun könnt, um sie zu überzeugen.
5. Im Büro der/des OB anrufen (das sollte die Person tun, die unterschrieben hat) und um einen Termin bitten, um das Anliegen zu erläutern.
6. Rückmeldungen bitte so schnell wie möglich an Arne Andersen:
dpg.regionhamburg@gmail.com

Lesetipp und Termine

Fabian Goldmann: Staatsräsonfunk. Deutsche Medien und der Genozid in Gaza (Manifest Verlag, 2026)

Fabian Goldmann untersucht in seinem lesenswerten Buch, wie deutsche Leitmedien vom 7. Oktober 2023 bis ins Jahr 2025 über Gaza berichtet haben: Begriffe, Schlagzeilen, Gästerauswahl, Opferdarstellung; all das untermauerte Narrative der israelischen Regierung und negierte und verharmloste das Leid der Menschen in Palästina. Seine These: Die Staatsräson prägt nicht nur Regierungshandeln, sondern auch redaktionelle Entscheidungen. Eine aktuelle Besprechung findet man im Magazin-Zenith magazin.zenith.me

- **Sa., 17. Oktober 2026, 18 Uhr, Hamburg:** Buchvorstellung „Trümmer auf Trümmer – Zur Kritik der deutschen Staatsräson“- Mehr [Infos](#)
- **Sa., 24. Oktober 2026, 10 Uhr, Berlin:** Gaza Tribunal Berlin 2026 – Mehr [Infos](#)
- **Ab Mi. 11. November, Gütersloh:** Fotografien aus Gaza vor und nach dem 7. Oktober 2023 in Gütersloh: „Gaza – before and after“ – Mehr [Infos](#)

SAVE THE DATE

40 Jahre

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

JUBILÄUMSVERANSTALTUNG

Wir feiern vierzig Jahre

Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Humanitäre Hilfe in Palästina,
für Dialog, Völkerverständigung und Aufklärung in Deutschland.

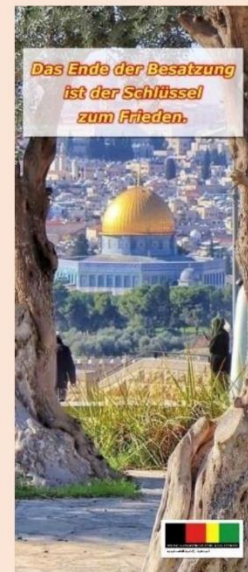


Sonntag, 8. November 2026

Einladung und Programm folgen.



Köln, Ort der Gründung



Unsere **Homepage** www.dpg-netz.de bietet weitere Informationen. Bitte auch unseren **Terminkalender** beachten:

<https://dpg-netz.de/veranstaltungen/>

Spendenauf Ruf

Unser Einsatz für die hungernden Kinder geht weiter. Ihre Spenden leiten wir direkt an die für Gaza tätigen Hilfsorganisationen.

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.

Kontoverbindung:

IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10

BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza - Palästina

Facebook und Instagram

